

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Bi. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbeleistung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offerenzeichen 100 gr. — Für das Er scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postkreditkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 34

Bromberg, Dienstag, den 13. Februar 1934

58. Jahrg.

Barricaden in Paris

Wie war es doch? Für Mitte Februar hatte sich Paul Boncour zu einem Besuch in Warschau angekündigt. Er wird jetzt höchstens als Privatmann in der polnischen Hauptstadt erscheinen; die Rolle des Außenministers hat er seit einigen Tagen ausgespielt. Mit Einschaltung des kurzen Zwischenalters Chautemps ist Herr Daladier mit seiner Regierung der Vierzigjährigen dem alten Doumergue und seinem Kabinett der Siebzigjährigen gewichen. Aber das ist nichts Neues in Paris. Je länger dieses vergreiste Volk seine verhängnisvolle Hegemonie über Europa ausübt, desto häuslicher haben wir dieses Spiel des Kämmerchen-Bermietens erlebt, ohne daß dabei neue Gesichter in den Vordergrund rückten. Im Grunde genommen hat sich im Personalbestand seit Versailles gar nichts geändert. Auch die Männer im jungen Kabinett Daladier waren, bei Gott bezeugen, ganz alt. Wenn Jugend eine Haltung ist, wie Baldur von Schirach, der Führer der Hitlerjugend, bekennt, dann kommen die regierenden Männer Frankreichs schon seit den Pariser Vorortverträgen ohne diese Haltung aus. (Nachdem der steinalte Clemenceau mit seinem Greisenhasch aufrecht ins Grab gegangen ist, hat es keinen jugendlichen Fenerkopf mehr an der Seine gegeben, höchstens noch Techniker eines rednerischen Brillanfeuerwerks wie den gleichfalls verschiedenen Aristide Briand und seinen eingangs erwähnten Nachfolger Paul-Boncour.)

Die französischen Regierungskrisen sind an sich gar nicht so wesentlich. Sie gehören zum System, und wir sind seit langem daran gewöhnt. Wesentlich aber sind die — Barricaden in Paris. Sie haben an der Seine gewissermaßen eine historische Bedeutung, aber was sollen sie heute noch? Dieses Siegerland mit seinen goldenen Schähen in den Kellern der Bank von Frankreich gehörte bislang zu den „beati possidentes“, den „glücklich Besitzenden“, den Kriegsgewinnern. Es hat eine verhältnismäßig ausgeglichene Wirtschaft und braucht sich auch nicht über eine Übervölkerung zu beklagen wie andere Länder unseres leidenden Kontinents. Und doch! Auch in Paris gibt es leere Kriegen, vor denen sich die Pferde beissen. Solche Kunde braucht uns Deutschen nicht einmal überraschend zu kommen. Als es noch üblich war, in klgenden Formeln das sogenannte „Weltgewissen“ zu beschwören, als man an die Solidarität der weißen Völker, an die Schicksalsgemeinschaft von Siegern und Besiegten appellierte, da wurde dieses Ende klar und deutlich prophezeit. Mochte es nun sein, daß diese Prophezeiungen wegen ihrer propagandistischen Aufmachung skeptisch betrachtet wurden, oder durch die tausendfältige Wiederholung dem allgemeinen Unglauben verfielen, — kurzum, die Sache mit den Barricaden wurde schließlich doch für den gemeinen Durchschnittseuropäer eine richtige Sensation. Mit soviel Toten und Verwundeten dabei, wie sie alle in Paris versammelten Emigranten über die (in Wahrheit höchst unblutige) deutsche Revolution des Vorjahres nicht einmal zusammenzulügen wagten.

Auch sonst war die Regie eindrucksvoll. Weil es unter dem Thronessel Europas höchstselbst bebt, jagten die Mächte der Finsternis oder des Lichts — die Beurteilung dürfte je nach dem Standort verschieden ausfallen — über alle von den Pariser Vorortverträgen gestalteten und belasteten Länder einen Sturm von zehnter bis zwölfter Windstärke, der den Menschen die Wächterhabschaft in die Ohren schrie: „Hört, ihr Leut, und lasst euch sagen, unsere Glock hat zwölft geschlagen!“ In Posen aber verdichtete sich der Orkan zu einem regelrechten Gewitter mit Blitzen, Donner- und Hagelschlag. Damit der schwerhörige Herr Omorowski auch Bescheid wisse, was die Uhr geschlagen hat, — und alle anderen Irrgläubigen dazu, deren tägliche Morgen- und Abendgebete nur ein Hymnus an den Göttchen Frankreich sind. Herr Lipski war wirklich sehr klug beraten, als er — sobald die welsche Kriegsmüdigkeit notorisch beglaubigt war, um eine Audienz bei dem großen Führer des Dritten Reichs nachsuchte . . . Oder sollte es darüber heute noch Zweifler geben?

Doch kehren wir zu Marianne zurück. Sie ist noch keineswegs zur Salzsäule erstarrt wie Lot's Weib vor Sodom und Gomorrah. Auch hat es in Paris weder Pech noch Schwefel geregnet. Es hat eine Erschütterung gegeben, aber noch keine Wende, eine Überraschung, aber noch kein Wunder. Was die Befriedung Mitteleuropas, die Abrüstungsgebiets und geplanten Wirtschaftsunionen anbelangt, so wird sich die Lage (von Paris aus betrachtet) eher verstieben, als lockern. Die alten Herren haben im eigenen Hause, ja selbst im eigenen Kabinett, so viel Gegenäste zu überbrücken, daß sie sich eine große Geste nach außen nicht erlauben können. Überdies: wie wollte man neuen Wein in alte Schläuche füllen?

Das schreit die monarchisch nationale Jugend der Camelots de roi durch die Straßen von Paris. Sie hat die blutigen Demonstrationen eröffnet. Aber Spartakus hat sich bald an ihre Fersen gehestet und seine rote Fahne auf die Barricaden geslemmt. Was sagt Herr Herrriot dazu? Der unermüdliche Chesterfield zwischen Paris und Moskau? Wenige Monate nach der von ihm betriebenen Verlobung geht der Bolschewismus auf die Straßen von Paris. Aktualität nach dem Vorbild, das der erste Sowjetbotschafter in Berlin, Herr Joffe, vor einem halben Menschenalter in Deutschland gegeben hat.

Frankreich hat wieder seine Barricaden. Aber es ist nicht im Ausbruch. Es hat keinen Hitler und keinen Hitler. Es hat nur ein neues Kabinett von alten Männern

bekommen, das uns wenig interessiert. Uns bewegt lediglich die Frage, ob und wie lange wir blamierten Europäer noch unter der Fuchtel der alten Jungfer Marianne zu liegen haben. Vielleicht hat sich jetzt eine Wolfsschlucht für sie aufgetan. . . .

Spartakus an der Seine.

Über die letzten Unruhen in Paris am Freitag abend, die kommunistischen Ursprungs waren, wird noch berichtet:

Ein erschlagener Polizist, 40 verwundete Polizeibeamte, mehrere hundert verwundete Kommunisten und über 800 Verhaftungen, so lautet die Bilanz der blutigen Zusammenstöße zwischen Kommunisten und den Hütern der öffentlichen Ordnung am Freitag abend.

Die Kämpfe spielten sich vor allem in der Umgebung des Ostbahnhofes, des Nordbahnhofes und des Republikplatzes ab.

Überall wurden von den Kommunisten in liegender Eile Barricaden errichtet.

Zu den ersten Zusammenstößen kam es bereits nach 19 Uhr. 400 Kommunisten marschierten in geschlossenem Buge aus der Richtung Bastille auf den Republikplatz zu, der von der Polizei scharf abgeriegelt war. Unterwegs stießen sie auf die erste Polizeikette. Nach 21 Uhr versuchten einige tausend Manifestanten das Bürgermeisteramt des Stadtbezirks im Sturm zu nehmen. Sofort konzentrierte die Polizei eine Abwehr auf diese gefährdeten Stelle und zog Verstärkungen heran.

Plötzlich fielen aus den umliegenden Wohnhäusern mehrere Schüsse auf die Polizeiautomobile. Es entstand ein erbitterter Kampf zwischen Polizisten und Demonstranten,

die mit Revolvern auf die Hüter der öffentlichen Ordnung schossen und dabei durch Fensterschüsse unterstützt wurden. Nach schwieriger Arbeit wurde der Boulevard-Platz von der Polizei gesäubert.

Die erste Sitzung des französischen Kabinetts

Paris, 12. Februar. (PAT) Am Sonnabend abend fand die erste Sitzung des Kabinettsrats der neuen Regierung statt, die nahezu drei Stunden lang dauerte. Der größte Teil der Beratungen galt der Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Frankreichs, die augenblicklich mit Rücksicht auf die Kündigung der meisten Handelsverträge und auf die von England angekündigten Repressalien verschärft sei. Nach einer längeren Besprechung der Staviski-Affäre einigte man sich über die Bildung einer aus 24 Mitgliedern zusammengesetzten parlamentarischen Kommission, die diesen Skandal untersuchen soll.

Im Laufe der Sitzung ergriff auch der neue Außenminister Barthou das Wort, um seinen Standpunkt über die französische Außenpolitik klarzulegen. Er meinte, Frankreich könne sich nicht damit einverstanden erklären, daß Hilfskräfte oder militärische Organisationen bei der Berechnung der Effektivitäten eines jeden Staates, wie z. B. in Deutschland oder in Italien, außer Betracht gelassen werden.

Eine ziemlich lebhafte Diskussion löste die Frage des angekündigten Generalstreiks aus. In der Montagsitzung des Ministerrats will man sich mit dieser Frage weiter beschäftigen. Die meisten Minister vertreten den Standpunkt, daß dieser Streik die letzte Etappe der herrschenden Erregung sein werde, und daß es daher nicht nötig sei, irgend welche Sanktionen in Anwendung zu bringen.

Der Generalstreit hat begonnen.

Paris, 12. Februar. (PAT) Der durch die Generalföderation der Arbeit proklamierte Generalstreik bildet den Gegenstand eines allgemeinen Interesses. Fast sämtliche Organisationen haben beschlossen, sich der Streikbewegung anzuschließen. Die kommunistische „Humanité“ hat eine Sondernummer herausgegeben, die einen Aufruf der kommunistischen Partei enthält, welcher zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen den Faschismus auftaucht. Sämtliche Pariser Zeitungen haben eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß die Zeitungen am Montag infolge des Generalstreiks nicht erscheinen werden.

Und in der Tat ist am Montag in Paris nur ein einziges Morgenblatt, die royalistische „Action Française“ erschienen, deren Beschaffung übrigens auch ziemlich schwierig ist, da Streikposten den Verkauf der Zeitung zu verhindern suchen. In den frühen Morgenstunden sind die telephonischen Abonnementsgespräche mit dem Auslande noch ausgeführt worden. In der Stadt selbst konnte man am frühen Morgen noch telefonieren.

In den größeren Provinzstädten sind umfangreiche Ordnungsmaßnahmen getroffen worden. Die Truppen werden in Alarmbereitschaft gehalten. In Boulogne-sur-Mer veranstalteten die Kommunisten am Sonntag unter dem Gesang der Internationale eine

Ganz besonders schwer waren die Zusammenstöße ferner in dem Umgebung des Ostbahnhofes. Mehrere Male mußte berittene Garde zum Angriff vorgehen, um die immer größer werdenden Scharen der Manifestanten auseinander zu treiben. Sogar auf dem Innenhof des Bahnhofes, der vollgestellt von Kommunisten war, mussten die Angriffe der Polizei ausgedehnt werden. In den Untergeschossen des Bahnhofs, des Nordbahnhofes und des Republikplatzes entwickele sich erbitterte Kämpfe, da die Kommunisten erst ihre Revolvergalven auf die vorrückende Polizei abgaben und sich dann behende auf die Untergeschoss-Treppen flüchteten, auf die die berittene Polizei nicht folgen konnte. Der Kampf zog sich bis Mitternacht hin. Gegen 23 Uhr war der Höhepunkt doch überschritten. Die Polizei erwies sich diesmal mehr Herr der Lage als an den Vortagen.

Unter den verhafteten Demonstranten wurde eine große Anzahl von Ausländern festgestellt, darunter nicht weniger als 50 kommunistische Emigranten aus Deutschland, die nach der Untersuchung der Vorfälle unverzüglich ausgewiesen werden sollen.

Paris — von Moskau aus gesehen!

Zu den Strafkämpfen in Paris schreibt die Moskauer „Pravda“, die Barricaden dort hätten eine neue Etappe der revolutionären Klassenkämpfe eingeleitet. Die Arbeiter wären verarmt. 4,5 Millionen Arbeitslose ständen am Rande der Verzweiflung. Das Dorf stöhne unter dem Joch der Krise. Die revolutionären Vorhut des französischen Proletariats stünde an der Spitze einer gewaltigen Massenbewegung gegen die Diktatur der Bourgeoisie. Die reaktionären und faschistischen Elemente seien dagegen bestrebt, die Fasizierung Frankreichs zu beschleunigen. Ihnen sei es gelungen, am 6. Februar die Massen des Kleinbürgertums auf die Straße zu führen und den Maschinengewehren aufzuliefern. Das sei wohlüberlegte Absicht gewesen. Die heransfordernde Demonstration der patriotischen Jugend sei von den Faschisten und der Polizei organisiert worden, um eine Progromstimmung zu erzeugen und die Herrschaft des weißen Terrors aufzurichten. Die Bekleidung des Prozesses der Fasizierung läge auch im Interesse der Militärkreise. Nur zwei Tage, zwei Stunden stünden sich auf den Straßen Frankreichs gegenüber.

Strassenkundgebung. 11 Personen wurden verhaftet. Die Menge versuchte vergeblich, die Verhafteten zu befreien. Paul-Boncour bleibt in Genf.

Paris, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Außenminister Barthou erklärte vor Pressevertretern, der frühere Außenminister Paul-Boncour bleibe auch weiterhin der Führer der französischen Abordnung für den Völkerbund.

„Daily Telegraph“ zur Politik Barthous.

London, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ bezeichnet die Aussichten der letzten britischen Abrüstungsvorschläge angesichts der Zusammenstellung des neuen französischen Kabinetts als ziemlich ungünstig. Die neue französische Regierung dürfe, so sagt der Korrespondent, nicht bereit sein, einer baldigen und wesentlichen Verminderung der Mannschaftsstärke oder des Materials der französischen Armee zuzustimmen. Überdies habe Außenminister Barthou bereits angekündigt, Frankreich werde darauf bestehen, daß „Hilfsstreitkräfte“, wie die nationalsozialistischen Verbände, zur deutschen Heeresstärke hinzugerechnet werden müßten. Barthou werde sich nicht damit zufrieden geben, solche Verbände entsprechend dem britischen Vorschlag lediglich einer internationalen Aufsicht zu unterwerfen.

Teilweise Verständigung

in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Entgegen der von uns unter Vorbehalt wiedergegebenen Meldung des „ABC“-Blattes, nach welcher die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ins Stocken geraten seien, erfährt die Regierungspresse, daß diese Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen. In einer Reihe von Fragen sei bereits eine vollkommene Verständigung erzielt worden. U. a. habe man die Höhe des Einfuhr-Kontingents von Schweinen aus Polen nach Deutschland auf 100 000 Stück festgesetzt. Außerdem sei das Kohlenkontingent von Deutschland bedeutend erhöht worden.

Die Signatarmächte des Memelstatuts fordern Informationen

Aus informierten Kownover Kreisen erfährt der „Illustrowany Kurjer Codzienny“, daß die in Kowno weilenden Vertreter der Staaten, die die Memeler Konvention unterzeichnet haben, und zwar England, Frankreich und Italien, bei dem litauischen Außenminister in Sachen der letzten Ereignisse im Memeler Gebiet interveniert haben. Die Gesandten haben im Namen ihrer Regierungen eingehende Ausklärungen darüber verlangt, welchen Einfluß das neue litauische Gesetz über den Schutz von Volk und Staat auf die Autonomie des Memelgebietes hat.

Spanien vor einer neuen Revolution?

Zur gleichen Zeit, in der Frankreich im Lärm ungewöhnlich heftiger Straßenkämpfe eine System-, wenn nicht gar eine Staatskrise durchmacht, bilden sich auch in Spanien Gewitterwolken zusammen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die junge Republik, die im April erst die Feier ihres dreijährigen Bestehens begehen könnte, vor einem revolutionären Versuch ernsthafter Charakters steht, als es die Revolte vom vergangenen Dezember war.

Die Stellung der Regierung Lerroux ist schwach. Lerroux stützt sich ausschließlich auf die Parteien der Mitte und ist damit im Parlament in der Minderheit; denn von den 473 Mandaten, die die Cortes zählen, stehen ihm nur 135 zur Verfügung. Allerdings ist auch keine der anderen Parteigruppen stark genug, um etwa allein eine tragfähige Regierungsmehrheit aufzubringen zu können. Die Rechte umfaßt 220 Abgeordnete, die Linke 90 und außerdem sind noch 28 Mandate zerstreut oder zurzeit unbesetzt. Lerroux kann die Geschäfte lediglich dadurch führen, daß er sich von Fall zu Fall bei den nun verschiedenen Parteien der Rechten Hilfe holt. Das ist nicht nur eine außerordentlich unsichere Basis für seine Politik, denn er weiß im voraus nie, ob und wie weit ihm die Unterstützung gewährt wird. Vor allem aber muß er den Ansprüchen der Rechten natürlich Konzessionen machen, die ihn zum Teil seiner eigenen Parteikoalition, vor allem aber der Linken gegenüber, stark belasten. Die Rechte hat so tatsächlich erheblichen Einfluß auf die Regierungspolitik, ohne daß sie doch die Verantwortung für sie mit zu tragen hätte. Auf der Linken und in der Mitte ist man deshalb seit langem schon um den Fortbestand der Republik ernstlich besorgt.

Die Politik der Gefälligkeiten nach rechts hat unter Lerroux dazu geführt, daß fast alle in den ersten Jahren der Republik durchgeführten Reformen auf sozialem und kulturellem Gebiet wieder rückgängig gemacht worden sind.

Unter diesen Umständen ist bei den jetzt beginnenden Debatten in den Cortes der Ausbruch einer Kabinettsskrise fast unvermeidlich. Die Bildung einer Rechtsregierung erscheint trotzdem wenig aussichtsvoll; denn sie würde zur Mehrheit nicht nur die 18 Stimmen der konservativen Republikaner, die sich jetzt zur Mitte rechnen, brauchen, sie ist auch in sich so stark zerstreut und durch Interessengegensätze und wechselseitiges Misstrauen so wenig aktionsfähig, daß man von einem Koalitionskabinett der Rechten nicht sprechen kann. Ihren Kern bildet die "Accion Popular", die 111 Abgeordnete zählt und die sich, um den Wettbewerb gegen die "Minoría Agraria", die eigentliche Agrarpartei, besser bestreiten zu können, noch den Zusatz "Agraria" im Namen beigelegt hat.

Ihr Führer Gil Robles gilt als jung und tatkräftig

und wäre wohl geeignet, eine politische Rolle zu spielen, er stößt aber auf das heftige Misstrauen der monarchistischen Parteien der Rechten, die ihrerseits wieder dadurch heftig verfeindet sind, daß die einen die Überbleibsel der ehemaligen Carlisten darstellen, die anderen Alfons XIII. und seinen Sohn, den Infanten Don Juan, der zurzeit als Seekadett in der Königlich britischen Flotte dient, als Thronanwärter präsentieren. Die "Accion Popular Agraria" hat sich zur Republik bekannt, sicherlich nicht aus Begeisterung für sie, als vielmehr aus realpolitischen und moralischen Erwägungen, zumal der Papst diese Stellungnahme empfohlen hat und die Anhänger der "Accion Popular" durchweg gute Katholiken sind. Der Versuch, das Kabinett Lerroux durch die Einbeziehung der "Accion Popular" umzubilden und parlamentarisch zu festigen, wird aller Voraussicht nach aber daran scheitern, daß die überzeugten Republikaner der Mitte und der Linken an der Echtheit der republikanischen Gestaltung Gil Robles und seiner Anhänger erhebliche Zweifel haben.

Andererseits ist, ganz abgesehen von der antisozialistischen Einstellung des Ministerpräsidenten Lerroux, auch eine Erweiterung seines Kabinetts nach links kaum möglich. Hier kämen nur die Sozialisten mit ihren 50 Mandaten in Frage. Bei ihnen ist aber der Einfluß des gemäßigten ihrer Führer, Don Julian Besteiro, des früheren Cortes-Präsidenten, der seinen Glauben an die parlamentarische Demokratie noch nicht aufgegeben hat, im Schwinden, und es gewinnen die Elemente die Oberhand, die

offen auf eine Diktatur des Proletariats hinarbeiten.

Ihre Enttäuschung über die rückläufige Entwicklung, welche die Spanische Republik genommen hat, die in der Verfassung die "Republik der Arbeiter" genannt wird, ist so groß, daß ihr Führer, der einstige Finanzminister und Minister der öffentlichen Arbeiten, Don Indalecio Pietro, läufig offen ansprach: "Die Zusammenarbeit der Sozialisten mit irgend einem republikanischen Kabinett ist für immer vorbei."

Es scheint denn auch, daß es gar nicht zu einer parlamentarischen Lösung der versunkenen Situation kommen wird. Von beiden Seiten, von der monarchistischen Rechten sowohl wie von der sozialistischen Linken, die obendrein immer mehr unter den Einfluß anarchistischer Kräfte gerät, wird offen mit der Anwendung der Gewalt gedroht. Der Marquis de Estella reist durch das Land und wirbt Rekruten für eine "Falange Espanola" (spanische Phalange) genannte Kampftruppe, die

eine neue Variation des Faschismus

darstellt. Gleichzeitig predigen die radikalsten Führer des Sozialismus den offenen Machtkampf durch Gewalt. Und es ist unter diesen Umständen nicht überraschend, daß Gil Robles, der Führer der größten Parlaments-Fraktion, seine Anhänger aufruft, sich bereit zu halten, um Gewalt mit Gewalt zu verteidigen. Das sind alles so offene Vorbereitungen zum Bürgerkrieg, daß es nur noch eines Funken bedarf, um das auf allen Seiten angehäufte Pulver zur Entzündung zu bringen. Und dieser Funken wird in den bevorstehenden Parlamentsdebatten sicherlich auf die kampferfüllten Parteischaren im Lande überspringen.

Was dann kommt, die Monarchie, eine faschistische Rechtsdiktatur oder eine sozialistische Diktatur, ist bei der Unübersichtlichkeit der Kräfteverteilung im Lande, die ja auch noch durch regionale Autonomieansprüche, wie z. B. in Katalonien, zerstreut wird, schwer zu übersehen.

Graudenz Prozeß am 26. Februar.

Graudenz, 12. Februar. (Eigene Meldung.) Die Voruntersuchung in Sachen des Überfalls auf eine deutsche Wahlversammlung und später auf eine Vertrauensmänner-Versammlung in Graudenz, bei der bekanntlich der deutsche Schmiedemeister Kraum und der deutsche Kaufmann Niesbold ermordet, sowie eine Anzahl anderer Deutscher mehr oder weniger schwer verletzt wurden, ist — wie wir bereits früher berichten konnten — nunmehr abgeschlossen. Der Staatsanwalt hat die Akten dem Gericht zugehen lassen. Der Prozeß findet vor dem Bezirksgericht in Graudenz statt und wird drei Tage in Anspruch nehmen. Er beginnt am 26. Februar und soll am 28. Februar beendet sein. Für die Verharrung wird nur eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten ausgegeben werden.

Volkstümlicher Jugendabend der evangelischen Gemeinde Lohowo polizeilich aufgelöst.

Am Sonntag nachmittag fanden sich auf Einladung von Pfarrer Staffehl und Frau Pfarrer Triebel in Lohowo, Kreis Bromberg, im Saale des Gastwirts Bettin über 100 junge Mitglieder der evangelischen Gemeinde zusammen, um einen volkstümlichen Abend miteinander zu verleben. Eine Jugendgruppe aus Bromberg war als Guest erschienen, lädt mit den Anwesenden Lieder sowie Volksreigen ein, brachte auch ein Hans-Sachs-Spiel zur Vorführung. Der Nachmittag verlief in voller Harmonie.

Plötzlich um 6 Uhr abends erschien ein Polizeiwachtmeister und forderte die sofortige Auflösung des Jugendabends, da es sich, wie er behauptete, um ein "öffentliches Tanzvergnügen" handelte. Ihm wurde sofort erklärt, daß es sich lediglich um einen evangelischen Jugendabend handelt, zu dem nur Mitglieder der Evangelischen Gemeinde Lohowo geladen waren und erschienen sind. Der Polizeibeamte ließ sich jedoch auf keine weiteren Verhandlungen ein, sondern bestand auf der Auflösung. Unter heftigem Protest einiger Anwesenden versuchte man ihm nochmals klarzumachen, daß es sich um eine Veranstaltung der evangelischen Gemeinde handelt, die auf Anregung der kirchlichen Leitung des Ortes stattfand. Der Wachtmeister blieb jedoch bei seiner Behauptung, und die Teilnehmer mußten den Saal verlassen. Einer der Teilnehmer fragte den Wachtmeister, mit welcher Berechtigung er diesen Abend auflöst. Der Wachtmeister teilte daraufhin mit, er hätte dazu einen "besonderen Auftrag" von der Bromberger Burgstaroste.

Dieser bedauerliche Vorfall gibt angesichts der deutsch-polnischen Verständigung zu starken Bedenken Anlaß. Bisher sind Veranstaltungen, die von den Kirchengemeinden getragen wurden, im allgemeinen ungehört verlaufen, jetzt aber scheint man auch dazu übergehen zu wollen, diese Veranstaltungen mit Polizeigewalt zu verhindern. Wir hoffen, daß nach Aufklärung des Tatbestandes von der politischen Behörde entsprechende Anweisungen an die unteren Instanzen gegeben werden.

Die Carnegie-Stiftung

zum deutsch-polnischen Abkommen.

Zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens hat die Carnegie-Stiftung für den Internationalen Frieden durch ihren Vorsitzenden, Dr. Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität in New York, an den deutschen Botschafter in Washington, Dr. Luther, folgendes Schreiben gerichtet:

Gestatten Sie mir, Ihnen die große Genugtuung zum Ausdruck zu bringen, mit der ich und meine Mitarbeiter von der Carnegie-Stiftung für internationale Frieden von der Unterzeichnung eines zehnjährigen Vertrages zwischen den Regierungen Deutschlands und Polens Kenntnis genommen haben, durch den sie wechselseitig auf den Krieg als ein Instrument ihrer nationalen Politik bei der Regelung etwaiger zwischen ihnen auftretender Streitfragen verzichten. Freudig begrüßen wir diesen neuen Fortschrittsbeweis, der gerade zu einer Zeit kommt, wo in verschiedenen Ländern der Widerstand gegen internationale Verständigung und internationale Zusammenarbeit sowie weiterer Aufbau der Rüstungen zu Wasser und zu Lande viel zu viel Unterstützung finden, dieser Rüstungen, die sich in so klarer Weise nicht nur als größte Gefahr für den Weltfrieden, sondern auch für die Sicherheit der Nationen, die sie besitzen, erwiesen haben. Lassen Sie uns hoffen, daß meine Einsicht und ruhiges Urteil die Oberhand behalten und daß die Führer der Weltzivilisation imstande sein werden, in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Grundlagen des internationalen Friedens zu festigen und die Wohlfahrt des Volkes jeder Nation zu fördern.

"Unser Schwert ist geschärft!"

Blücher wartet nur auf den Befehl.

Moskau, 10. Februar. (Eigene Meldung.) Zu Ehren des 17. Parteikongresses hat am Freitag auf dem Roten Platz eine große Truppenparade stattgefunden, wobei über 20 000 Mann Militär und Abteilungen der militärischen Vorbereitung sowie etwa 600 Tanks vorbeimarschierten. Aus Anlaß dieses militärischen Aktes hat der Kriegs- und Revolutionsrat einen Armebefehl erlassen, in dem es u. a. heißt:

Angesichts des 17. Parteikongresses bekundet die Rote Armee ihre unabdingbare Treue zur Sache des Sozialismus, ihre Kampfbereitschaft und ihre Bereitschaft, in jedem Augenblick und gegen jeden Feind auszuziehen, um die sozialistische Heimat siegreich zu schützen.

Den in hat der Arbeiterklasse ständig vor Augen gehalten, daß große Fragen des Massenkampfes letzten Endes nur durch Waffengewalt entschieden werden. Die ganze Geschichte der Roten Armee von dem Tage ihrer Entstehung an ist unabdingt verbunden mit dem Namen des großen revolutionären Strategen, des Organisators, des Mannes mit dem stählernen Willen, mit dem verehrten Führer der Partei, Stalin. Die Rote Armee ist die einzige Armee in der Welt, die nicht für den Imperialismus bestimmt ist, nicht für die Eroberung fremden Bodens.

Zusammen mit dem ganzen Lande, zusammen mit der Partei ist die Rote Armee bestrebt, den Frieden zu schützen.

Aber unser Schwert ist geschärft und bereit, jeden zu treffen, der die friedliche Arbeit des sozialistischen Landes zu bedrohen versucht. Derjenige, der es wagen sollte, unsere Grenzen zu überschreiten, wird vernichtet werden.

Auf dem kommunistischen Parteitag in Moskau sprach am Donnerstag der Oberstkommandierende der Roten Armee im Fernen Osten, Blücher. Dieser legte ein Bekennnis für Stalin und die Politik der Partei ab und betonte, daß die gesamte russische Armee nur auf den Befehl warte und fertig sei für den Fall, daß Russland angegriffen würde. Die Rote Armee werde ihre Pflicht erfüllen, ohne mit der Wimper zu zucken.

Heime für Wandergesellen.

Der Sturmbootsführer Seidler aus München ist mit einem aufsehenerregenden Plan an die Öffentlichkeit getreten, der sich mit der Schaffung einer neuen Fürsorgeorganisation für die wandernden Volksgenossen befaßt.

Die Finanzierung dieses Plans erfolgt durch einen "Verein der Wandersfürsorge", der von allen Volksgenossen, die der NSB nicht angehören, jährliche Beiträge erhebt, die von 1,50 Pfund bis in Höhe von 10 Mark gestaffelt sind. Der Ertrag dieser Beiträge erbringt nach vorsichtiger Schätzung in Bayern allein 3 Millionen Mark.

Mit dieser Gesamtsumme werden an allen maßgebenden Straßenkreuzungspunkten Bayerns im Einvernehmen mit der Landesbauernschaft bürgerliche Anwesen erworben. In Aussicht genommen sind zufällig noch 50 mittlere Bauernhöfe. Die Betreuung der Höfe wird je einem fachkundigen Bauer, einem fachkundigen Gärtner und einem ausgebildeten Heimmarkt übergeben. Zutrittsberechtigt zu dieser Wandersfürsorge ist in einer Übergangszeit von drei Monaten jeder Mann. In dieser Zeit werden alle schlechten Elemente von der Landstraße entfernt und in geeignete Verwahrung genommen. Der Zweck der Bewahrung ist nicht Bestrafung, sondern Erziehung zum Gemeinschaftsmitglied.

Nach Ablauf dieser Monate hat nur noch der Volksgenosse Zutritt, der ein ordentliches Wanderbuch besitzt. Die Einführung eines einheitlichen Reichswanderbuchs ist damit unbedingt notwendig. Frei sind für die Wandersurschen von den Kosten drei Übernachtungen in drei verschiedenen Höfen, die im Wanderbuch eingestempelt werden, und zwar sowohl die Übernachtung als auch die damit verbundene Tagesbeschäftigung. Die vierte Übernachtung ist gebunden an eine siebentägige Arbeitsleistung, in der der handwerkliche Wanderer mit dem ordentlichen Bezirksarbeitsamt verbunden wird.

Die Fürsorge im Heim umfaßt für den Wanderer vor allem auch Körper- und Bekleidungspflege, so daß nach kurzer Übergangszeit der wandernde Volksgenosse unbedingt schon rein äußerlich wieder sein früheres Aussehen genießt. Bereits Ende Mai soll dieser Plan Wirklichkeit in Bayern werden und sicherlich werden ihn alle übrigen Länder aufgreifen. Dann wird Deutschland wieder eine stolze bahnbrechende soziale Tat verbüßen können.

Ein deutsches Frontkämpfer-Kreuz.

Nach den Ausrechnungen der Generäle Schwarze und Kuhl sind etwa 18 Millionen Männer in Deutschland als Kriegsteilnehmer zu zählen, darunter 325 776 Offiziere und Feldwebelleutnants, 33 406 Sanitätsoffiziere, 5395 Veterinäroffiziere, 45 428 Beamte. Es ist jetzt geplant, all diesen Kriegsteilnehmern, soweit sie Frontdienst geleistet haben, ein Frontkämpferkreuz zu verleihen.

Bei dieser Zahl von 18 Millionen wurde das Eisene Kreuz zweiter Klasse 4½ Millionen mal verliehen, das Eisene Kreuz erster Klasse 90 000 mal, der Orden Pour le Mérite 780 mal, das Ritterkreuz des Hosenordens der Hohenzollern mit Schwertern in 4000 Fällen, das goldene Militärverdienstkreuz für Unteroffiziere und Mannschaften etwa 1750 mal.

Republik Polen.

Polnische Nationalsozialistische Partei verboten.

Die Katowicer Polizeidirektion hat die Ortsgruppe Siemianowice der polnischen Nationalsozialisten Partei wegen ihrer die öffentliche Ruhe und Ordnung störenden Tätigkeit aufgelöst. Mitglieder dieser Partei hatten nachts die Feuerwerke eines jüdischen Herrenartikelgeschäfts eingeschlagen und einen Überfall auf einen jüdischen Kaufmann verübt. Die Täter konnten ermittelt und als Mitglieder der polnischen Nationalsozialistischen Partei festgestellt werden. Die Festgenommenen wurden in das Katowicer Gefängnis eingeliefert. In diesem Zusammenhang ist jetzt die obige Anordnung ergangen.

Ein polnischer Vortrag über "Hitlerismus".

dk Warschau, 8. Februar. Vor den Mitgliedern des Internationalen Frontkämpferverbandes (Fidac) in Warschau hält am Montag, dem 12., der Ministerialrat im polnischen Außenministerium Czudowski einen Vortrag über das Thema "Hitlerismus".

Wildernder Hund zerreißt 34 Schafe.

In einer der letzten Nächte drang bei Simmern (Schweiz) in eine Schäferde von 250 Stück des Besitzers Georg Schmauder aus Merstetten ein Wolfshund ein. Als der Schäfer den Überfall bemerkte, hatte der Hund bereits 34 Schafe zur Strecke gebracht und 27 schwer verletzt. Von diesen mußten bis jetzt 13 Tiere notgeschlachtet werden. Dem Besitzer ist ein Schaden von 2000 Mark entstanden. Der wildende Hund wurde in einem Nachbardorf aufgegriffen und abgeschossen.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 12. Februar 1924.

Kralau - 2,80, Jawischowitz + 1,60, Warthau + 1,27, Piast + 1,52, Lohrberg + 1,08, Jordan + 0,72, Culm + 0,75, Graudenz + 1,08, Schierenhorst + 2,92.

Schleiermacher über die Freiheit.

Wein Tun ist frei, nicht so mein Wirken in der Welt, das folgt ewigen Gesetzen. Es steht die Freiheit sich an der Freiheit, und was geschieht, trügt der Beschränkung und Gemeinschaft Zeichen. Ja, du bist überall das erste, heilige Freiheit! Du wohnst in mir, in allem. Notwendigkeit ist außer uns Sei, ist der bestimmte Ton zum schönen Zusammenstoß der Freiheit, der ihr Dasein verkündet. Mich kann ich nur als Freiheit anschauen; was notwendig ist, ist nicht mein Tun, es ist sein Widerschein, es ist die Anschauung der Welt, die in der heiligen Gemeinschaft mit allen sich erschaffen helfen. Ihr gehören die Werke, die auf gemeinschaftlichem Boden mit anderen Ich erbaut, sie sind mein Anteil an der Schöpfung, die unseren inneren Gedanken darstellt; ihr gehört der bald steigenden, bald fallenden Gefühle Gehalt, ihr die Bilder, die kommen und vergehen, und was sonst wechselnd ins Gemüt der Zeit bringt und hinwegnimmt, sie sind das Zeichen, daß Welt und Geist sich liebenvoll begegnen, der Kuss der Freundschaft zwischen beiden, der sich anders immer wiederholt.

Es gibt kein Handeln in mir, das ich vereinzelt recht betrachten und keins, von dem ich sagen könnte, es sei ein Ganzes. Ein jedes Tun stellt mir mein ganzes Wesen dar, nichts ist geteilt, und jede Tätigkeit begleitet die andre; es findet die Betrachtung keine Schranken, muß immer unvollendet bleiben, wenn sie lebendig bleiben will. So oft ich ins innere Selbst den Blick zurückwende, bin ich zugleich im Reich der Ewigkeit; ich schaue des Geistes Handeln an, das keine Welt verwandeln und kein Zeit zerstören kann, das selbst erst Welt und Zeit verschafft.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeföhrt.

Bromberg, 12. Februar.

Wolfig bis heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet woliges bis heiteres und kühleres Wetter bei mäßigen nördlichen Winden an.

Die unvollendete Sozialversicherung.

Sitzung des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe.

Die Abteilungen Handwerk und Handel des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe hatten ihre Mitglieder für Freitag, den 9. d. M., zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen. Der Besuch der Versammlung war überaus stark, da auf der Tagesordnung eine Reihe von Fragen standen, die jeden Handwerker, Gewerbetreibenden und Kaufmann besonders interessieren. Nach der Begrüßung der Mitglieder durch den Vorsitzenden der Kaufmännischen Gruppe erhielt Syndikus Schramm vom Wirtschaftsverband das Wort zu Aussführungen über das neue Sozialversicherungsgesetz. Er bekränkte sich diesmal auf die technische Seite der Erfüllung der neuen Sozialversicherungsbestimmungen. In einer regen Aussprache beantwortete er eine Reihe an ihm gestellter Fragen.

Man konnte bei der Aussprache aus der Praxis heraus den Eindruck gewinnen, daß das seit dem 1. Januar verpflichtende Gesetz über die neue Sozialversicherung alles andere als gut vorbereitet war, denn in der praktischen Ausführung ergeben sich so viele Unklarheiten und Streitfälle, daß der allen wirtschaftlichen Betrieben durch diese Ungewissheit entstehender Schaden nicht unbedeutend sein dürfte. Bezeichnend dafür ist, daß die Stellen, die in erster Linie die notwendige Aufklärung zu geben berufen waren, selbst nicht Bescheid wissen und die der Versicherung unterliegenden Personen mit dem Hinweis abscherten, erst jenseit an höher geordneter Stelle anfragen zu müssen. Daß die neue Sozialversicherung durch die Unzahl der verschiedenartigsten Formulare eine Komplizierung des gesamten Versicherungswesens vorgenommen hat, muß als bedauerliche Tatfrage hingenommen werden. Noch eigenartiger aber berührte die Tatfrage, daß einzelne kaum ausgeteilten Formulare bereits wieder von den Versicherungsanstalten zurückgezogen werden, anscheinend deswegen, weil sie sich für die Praxis als nicht geeignet erweisen. In der allgemeinen Aussprache wurde ferner noch Klage darüber geführt, daß die Versicherungsanstalt bis zum Tage der Fälligkeit der Unfallversicherung (10. Februar) keine Auskunft über die Höhe der Beiträge geben könne. Die nachträgliche Auferlegung von Verzugszinsen oder Verzugsstrafen dürfte demnachfolge einem rechtlichen Empfinden nicht entsprechen.

Im Anschluß an diese Aussprache sprach Referendar Hirschmann in großen Zügen über die die Allgemeinheit betreffenden Artikel des neuen Schuldenrechtes.

Der Vermieter Spurlos verschwunden ist seit einigen Tagen die 16-jährige Hedwig Scherbart, deren Eltern in Bromberg wohnen. Die 16-jährige Hedwig, die von einer Tanzerin ist, hatte sich vor wenigen Tagen in Begleitung ihrer 20-jährigen Schwester in ein Lokal gegeben. Sie saßen dort zusammen mit zwei jungen gut gekleideten Herren, die angeblich aus einer anderen Stadt angereist waren. Die Herren zeigten sich im Gespräch bereit, die jüngere der Schwestern für ein Warschauer Kabarett zu verpflichten. Als die ältere Schwester vorübergehend den Tisch verlassen hatte, mußte sie nach ihrer Rückkehr feststellen, daß ihre Schwester und die beiden Herren nicht mehr anwesend waren. Trostloser Nachforschungen konnte bisher nicht festgestellt werden, wohin sich die Hedwig Scherbart begeben hat. Auch eine Anfrage in Warschau hat bis jetzt keine Aufklärung des rätselhaften Falles gebracht. Es liegt sogar die Befürchtung nahe, daß das Mädchen unter dem Vorwand, ein Engagement zu erhalten, von Mädchenhändlern entführt worden ist. — Es ist vermißt wird seit dem 8. d. M. der 29-jährige Privatbeamte Bolesław Małanow, Chausseestr. (Grunwaldzka) 89 wohnhaft. Er war als Angestellter in dem staatlichen Sägewerk in der Thornerstr. beschäftigt. Nebenbei übte er das Amt eines Inspektoren des Auto-

mobilclubs aus. Es wurde festgestellt, daß er an dem Tage, seit welchem sein Verschwinden bemerkt wird, eine größere Summe vereinnahmt hatte. Es muß angenommen werden, daß er ein Unglück zugestossen ist. Bisher konnte noch keine Spur des Vermissten entdeckt werden.

Ein unverhinderlicher Dieb hatte sich vor dem hiesigen Bürgergericht wegen Diebstahls und Beamtenbeleidigung zu verantworten. Es ist dies der mehrfach vorbestrafte 30-jährige Arbeiter Jan Bagiewski aus Marianpolo. Der Angeklagte hatte am 22. Juni v. J. dem Musiker Josef Klobucki, der sich im Walde hinter dem neuen evangelischen Friedhof zu einem kleinen Schlafchen hingelegt hatte, die silberne Taschenuhr mit Kette aus der Westentasche gestohlen. Der Zufall wollte es, daß der Dieb einige Zeit später die gestohlene Uhr einem Uhrmacher zur Reparatur gab, von dem der Bestohlene die Uhr früher einmal erworben hatte. Dadurch wurde der Diebstahl aufgedeckt. Als einige Zeit später der Polizist Ciechowicz dem Angeklagten eine gerichtliche Vorladung in einer anderen Gerichtssache einhändigte, nahm er diese stillschweigend in Empfang und äußerte sich dann dem Beamten gegenüber, als dieser sich entfernen wollte, die Vorladung werde ihm gute Dienste leisten, wenn er sich zur Toilette begeben werde. Der Polizeibeamte erblickte in dieser Auflösung eine Beleidigung und erstattete gegen den Angeklagten Anzeige. B. wurde vom Gericht wegen beider Vergehen zu 5 Monaten und 2 Wochen Arrest verurteilt.

Wegen Betruges hatten sich der 63-jährige Jan Kłodziej, der 55-jährige Jan Łosos und der 48-jährige Josef Piulik, alle drei in Walentow, Kreis Wirsitz, wohnhaft, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. E., der in Walentow eine größere Landwirtschaft besitzt, war durch Aufnahmen von Hypotheken und Darlehen mit etwa 20 000 Złoty verschuldet. Verschiedene Landwirte, von denen E. Geld geliehen hatte und dieses nicht zurückzuzahlen imstande war, strengten gegen den Angeklagten einen Prozeß an. Am 10. März 1933 sollte nun auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung bei dem Angeklagten eine Versteigerung des lebenden und toten Inventars stattfinden, um dadurch die Forderungen der Gläubiger zu decken. Einige Tage vor der Versteigerung hatte E. einen größeren Teil des lebenden und toten Inventars an seine beiden Verwandten, die Mitangeklagten Łosos und Piulik, verkauft. Eine Versteigerung konnte demzufolge nicht stattfinden. Die darauf gegen E. eingeleitete Untersuchung ergab, daß es sich um einen fiktiven Verkauf des Inventars an seine Verwandten handelte. Später, als der Angeklagte sah, daß die Untersuchung gegen ihn eine ungünstige Wendung nahm, schaffte er das verkaufte Inventar wieder zur Stelle. Vor Gericht bekennen sich alle drei Angeklagten nicht zur Schuld. Durch die zahlreichen Zeugenaussagen konnte ihnen jedoch das ihnen in der Anklageschrift zur Last gelegte Vergehen einwandfrei nachgewiesen werden. Das Gericht verurteilte E. zu 8, die übrigen beiden Angeklagten zu je 6 Monaten Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren.

Von einem Motorradfahrer angefahren wurden die beiden Kinder des hier Danzigerstraße 108 wohnhaften Eisenbahnbeamten Piotr Schewits der vierjährige Edward und die fünfjährige Urszula. Die beiden Kinder gingen gestern gegen 8 Uhr nachmittags in Gesellschaft ihrer Mutter die Luisenstraße entlang. Beim Überqueren der Straße an der Ecke Luisen- und Schwerinerstraße wurden die Kinder von einem im scharfen Tempo herannahenden Motorradfahrer angefahren und zu Boden gerissen, wobei sie allgemeine Verletzungen davontrugen, die jedoch zum Glück nicht ernstlicher Natur waren. Die Kinder wurden mit dem Rettungswagen nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht.

Einbrüche. In der Nacht zum Sonnabend wurden in Bromberg zahlreiche Einbrücheleihläbe verübt. Zunächst erbrachte Diebe den Schranken der Firma Siebert in der Danziger Straße. Um den Einbruch auszuführen zu können, hatten sie sich vorher aus der verschlossenen Werkstatt eines Schlossers die erforderlichen Werkzeuge geholt. Aus dem geöffneten Schranken entwendeten die Diebe die dort ausliegenden Waren, die einen Wert von 80–100 Złoty darstellten. In der gleichen Nacht wurde ein Einbruch in den Kiosk Danziger Straße 16 (Inhaber Abramczyk) verübt. Die Diebe hatten es vor allen Dingen auf Rauchware abgesehen. Sie plünderten gehörig und nahmen Zigaretten, Zigaretten und andere Waren im Werte von mehreren 100 Złoty mit. Der im gleichen Hause befindlichen Firma "Bacon" statteten sie ebenfalls einen Besuch ab. In den Bureauräumen wurden sämtliche Schlosser erbrochen. Sie müssen bei ihrer Arbeit gestört worden sein. Sie ließen, ohne etwas gestohlen zu haben, die aufgebrochenen Räume in furchtbarer Unordnung zurück.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Verband für Jugendpflege. Heutiger Vortrag fällt aus! Nachster: Donnerstag.

dekt. In Bzdzichowo, Kreis Gnesen, wurde ebenfalls eine 100 Meter lange Scheune abgedeckt. Das Dach wurde vom Sturm teilweise bis in das Dorf getragen. Ferner stürzte ein Turm bei Gnesen auf den früher Stoßischen Wirtschaft eine Scheune infolge des Sturms ein. Der Schaden, der allenthalben angerichtet wurde, ist sehr groß.

Gnesen (Gniezno) 10. Februar. Am Donnerstag, dem 8. d. M., fand in der Ortsgruppe Welna (Kiszewo) der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft eine Versammlung statt, die von 100 Landwirten besucht war. Geschäftsführer von Hertell-Gnesen sprach über Sozialversicherung und Rittergutsbesitzer Professor Helm-Charzawo hielt einen sehr interessanten Vortrag über das Thema: Fragen, die uns bewegen. Es schloß sich eine äußerst lebhafte Debatte an. Die Teilnehmer blieben noch mehrere Stunden beisammen.

In der Ortsgruppe Marktstädt (Miejszko) sprach Geschäftsführer von Hertell am gestrigen Freitag über die Gründung von Selbstschutz in Krankheitsfällen bei den landwirtschaftlichen Arbeitern, um größere Ausgaben den kleinen Landwirten zu ersparen.

Z. Nowroclaw, 11. Februar. Bisher unermittelte Diebe drangen in die Filiale der "Zgoda" in Montwir bei Nowroclaw ein und entwendeten dort verschiedene Galanterie- und Tabakwaren, Zigaretten, Batterien und andere Sachen im Werte von 1000 Złoty. Die Diebe hatten die Tafel hochgeschoben, die Scheibe der Tür zertrümmert und von innen geöffnet.

Im Dorfe Dabrowo Leśny waren Diebe in die Besitzung des Landwirts P. Schmidt eingedrungen und hatten dort ein Mastschwein entwendet, das sie auf der Stelle schlachteten. Dabei wurden sie von dem Besitzer überrascht und verjagt, wobei er ihnen einige Schüsse nachsandte. Zwei Stunden später brach an verschiedenen Stellen der Besitzung Feuer aus, das erheblichen Schaden anrichtete. Die Brandstifter konnten in der Aufruhr entkommen.

In der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins "Kujawien" sprach zunächst Geschäftsführer Klose über geschäftliche und Steuerfragen. Im Anschluß daran referierte der Leiter der Versicherungsabteilung der Welsage — Schnitter, Posen — über Versicherungsfragen. Den Hauptteil der Sitzung bildete der Vortrag des Administrators Brzana-Krzyszko über das Thema: "Der Fruchtbarkeitszustand des Bodens, seine Veränderung und Beeinflussung." Eine Aussprache über diesen interessanten Vortrag beendete die Sitzung.

Margonin, 8. Februar. In Lipinhauland feiert am 8. d. M. der Alsfisher Karl Krause mit seiner Ehefrau das Fest der goldenen Hochzeit. Einen gesegneten Feierabend dem Jubelpaare!

Mogilno, 11. Februar. Bei einem Tanzvergnügen wurde in der Nacht zum Sonnabend der hiesige Schuhpolizist Swigon durch den Schuhmacher Nowak, Kazimierzlastraße, durch einen Fußtritt in den Leib getötet. Der hinzugezogene Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Dem Gutsbesitzer Adamski in Kuracz hiesigen Kreises wurde durch den großen Sturm die große zweitennige Feldscheune vollkommen umgebrochen. Das darin Lagernde Stroh wurde kilometerweit auf dem Felde aneinander gestreut. Auch auf dem Dominium Uszczewo wurde von einer Feldscheune das ganze Pappdach heruntergerissen.

Nakel (Naklo), 10. Februar. Der bei dem Landwirt Bembista aus Malcwin, Kreis Wirsitz, beschäftigte Arbeiter Jarząb erlitt am Transformator einer elektrischen Starkstromleitung einen tödlichen Unglücksfall. Der sofort zur Unfallstelle herbeigerufene Arzt konnte nur noch den sofort eingetretenen Tod feststellen.

Die durch ein Auto schwer gewordene Pferde des Besitzers Ruz aus Dembowo Gmina gingen mit dem Milchwagen durch, wobei der Wagen in den Chausseegraben geschleudert wurde. Die auf dem Wagen befindlichen drei Söhne des Besitzers Ruz erlitten schwere Verletzungen, die ärztliche Hilfe erforderten. Der Wagen sowie die mitgeführten Milchkannen wurden vollständig zerstört.

Dem Landwirt Binialowski in Wysepy bei Nakel stahlen bisher unbekannte Diebe 25 Hühner. Die Diebe sind unbemerkt entkommen.

Ein dreister Taschendiebstahl wurde hier auf dem Markt verübt, wo unbemerkt Langfinger einer Marktfrau 60 Złoty aus der Tasche entwendeten.

Posen, 10. Februar. Eines jähren Todes verstorb gestern in der Straßenbahn der Linie 4 der 78 Jahre alte Händler Gustav Beyer, in der fr. Wilamowitschstraße 8/4 wohnhaft, indem er plötzlich vom Herzschlag getroffen tot zusammenbrach.

In der fr. Waldowitschstraße wurde an der Eisenbahnunterführung eine Kindesleiche gefunden.

Seit gestern ist der 14-jährige Sohn Alois des am fr. Oberwall 10 wohnhaften Buchdruckers Murawa aus der elterlichen Wohnung spurlos verschwunden.

Im Hause ul. Zytnia 20 kam es zwischen zwei Nachbarn, einer Sophie Cybulska und einem Elias Czolopinski, zu einer nachbarlichen Auseinandersetzung, bei der die Amazonen von ihrem männlichen Gegner einer tiefen Stich mit einer Gabel in der Brust davontrug.

Der ul. Wylom wohnhafte Magdalene Rosel wurde ein elektrischer Motor im Werte von 1500 Złoty gestohlen.

Strelno (Strzelno), 8. Februar. In der Nacht zum Donnerstag wurde von noch nicht ermittelten Verbrechern die Tafel des Schaufesters der hiesigen Firma Lesser hochgehoben und die Schaukenterscheibe zum Teil zertrümmert, worauf die Diebe fast alle ausgestellten Stoff- und Lederwaren im Gesamtwerte von 150 Złoty stahlen. Gestohlen wurden ferner in derselben Nacht der Familie Göring verschiedene Stoffe und Kleider, dem Landwirt Janowski in der ulica Stodolna ein Fahrrad sowie dem Kaufmann Kledzik eine Art, ein Beil, eine Anzahl Säcke und eine Ente.

Auf dem Gehöft des Landwirts Kazimierz Myśliński in Proszka brannte aus noch nicht festgestellten Gründen ein Stall mit dem toten Inventar im Gesamtwerte von 2500 Złoty nieder.

Wongrowiz, 8. Februar. Der Arbeiter St. Raczkowski aus Tarnowo war damit beschäftigt, Äste von Bäumen abzuschneiden, als ihm plötzlich ein schwerer Ast unvorstichtigerweise auf den Kopf schlug. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: J. B. Arno Ströse; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygrodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der "Hausfreund" Nr. 34.

zurück, die unter der Leitung von Fräulein Henkelt und Herrn Wesslowksi stand. Froh sollte das Beisammensein werden, durch gemeinsames Erlernen von Volksliedern und Volkstänzen, dem Gut, das uns Deutschen in einem Reichtum geschenkt wurde, wie sonst keinem Volk. Was in der Woche erarbeitet worden, wurde am letzten Tage den Eltern in einem Gemeindeabend dargeboten. Trost des stürmischen Wetters war der Besuch erfreulich und dankbar empfand man die Stunden gemeinsamen Erlebens. Die Freude, die aus den Augen der zahlreichen erschienenen Jugend und der Eltern leuchtete, möge den Leitern Dank für alle ihre Mühe sein.

tz. Konitz, 10. Februar. Rheinische Fröhlichkeit und echte Karnevalsstimmung, das war das Leitmotiv des Fastnachtsvergnügens des Lit.-dram. Vereins und des Männergesangvereins am Sonnabend abend im Hotel Engel. Der mit hohen Tannen, Blumen- und Vampionengirlanden wundervoll geschmückte Saal verseckte jeden in den Glauben, sich in dem gemütlichen Garten des Krugs zum grünen Kranze zu befinden und es hätte schließlich gar nicht der hübschen Darbietungen bedurft, um das Fest zu dem zu machen, was es wurde. Originelle Typen, unter denen besonders das Obsthändler-Chepaar Striezel und zwei Zoologie-Professoren auftraten, der gute Wirt Peter Tönnchen, die brave Sängerschar vom Verein "Halbe Puste", sie alle sorgten dafür, daß gleich von Beginn an frohe Laune Trumpe war. Der reizende Tanz der Schornsteinfeger und Kammerkächen und der Dirndlstanz brachten weitere Abwechslung. Bis zum frühen Morgen wurde getanzt und auch dann fiel es noch manchem schwer, sich zu trennen und es wieder Alttag werden zu lassen. Es war eine Veranstaltung, die sich würdig den früheren anschloß.

Der heutige Wochenmarkt war nur mittelmäßig besucht und brachte folgende Preise: Butter 1,-1,20, Eier 1,40-1,60, Weißkäse 0,20, Hefe 0,70-0,80, Barsche 0,30-0,50, Blöße 0,35-0,40, Karpfen 0,70-0,80, Hühner 2,50-3, Enten 3,50-4, Gänse 1 Pf. 0,90, Puten 6-7, Tauben 2,20-2,40, Weißkohl 0,10-0,20, Rotkohl 0,10-0,20, Brüken 0,10-0,20, Kartoffeln 2-2,25, Roggen 6,80-7, Gerste 6,50, Hafer 6,50-6,80, Weizen 9,50-10, Erbsen 10-11, Hirs 7-12, Dörf 7-10, Ferkel 18 bis 22, Huhn 22.

h. Löbau (Lubawa), 11. Februar. Der erste diesjährige Viehmarkt war recht gut besucht. Infolge der großen Nachfrage zogen die Viehprixe an. Hauptföhlich wurden gute Milchkühe gehandelt. Hierfür wurden Preise bis über 300 Zloty gezahlt. Auf dem Pferdemarkt war der Verkehr etwas geringer, Arbeitspferde kosteten bis 100 Zloty, Rutschpferde bis 500 Zloty und mehr.

O. Münsterwalde (Opalenie), 10. Februar. Wie verlautet, sollen die Eisbrechdampfer ihre Tätigkeit bereits aufgenommen haben und da der Wasserstand der Weichsel ein genügender und die Eisdecke nicht zu stark ist, werden die Arbeiten gewiß schnell vorwärtschreiten, sehr zum Verdruss der Weichselflößer.

Ein Vieh- und Pferdemarkt findet hier am 14. Februar statt.

g. Stargard (Starogard), 9. Februar. Um eine Demonstration von kommunistischer Seite in Gdingen zu vermeiden, wird ein großangelegter Prozeß gegen 17 Kommunisten aus Gdingen vor dem Stargarder Kreisgericht verhandelt. Außer der Presse haben nur wenige Personen zur Verhandlung Zutritt. Der Hauptangeklagte, ein gewisser Burdzinski aus Warschau, steht in mittlerem Mannesalter, dagegen sind die übrigen Angeklagten in jugendlichem Alter. Bisher sind über 20 Zeugen vernommen worden.

Fedor von Bobeltiz †.

Einer der fruchtbarsten Unterhaltungs-Schriftsteller ist mit Fedor von Bobeltiz von uns gegangen. Bereits seit mehreren Monaten quälte ihn ein schweres Herzleiden, aber trotz seiner 76 Jahre bewahrte sich Bobeltiz seine lächelnde Freude, die seine Freunde so an ihm bewunderten. Er war der alte Herr mit dem weißen Haar und den gültigen Augen, der rüstig durch die Straßen der Reichshauptstadt schritt und mit offenen Sinnen dauernd neue Eindrücke aus dem flutenden Leben der Millionenstadt in sich aufnahm.

Seit Jahrzehnten wohnte Fedor von Bobeltiz bereits in Berlin. Seinem beweglichen Geist, seiner sprudelnden Lebendigkeit sagte die Buntheit, der ewige Wechsel, das Getriebe des großstädtischen Lebens mehr zu als die stille Zurückgezogenheit des Familienstücks Spiegelberg, obwohl er niemals die innere Verbundenheit mit der Welt des alten märkischen Adels verlor.

Fedor von Bobeltiz wurde im Jahre 1857 auf dem Gute seiner Väter, Spiegelberg bei Topper, geboren. Er wurde im Kadettenkorps erzogen. Schon sehr früh zeigte sich seine schriftstellerische Begabung. Mit 17 Jahren trat er in die Armee ein, nahm aber nach mehrjähriger Dienstzeit seinen Abschied, um sich ganz seiner Lieblingsbeschäftigung zu widmen. Er wollte ebenso wie sein älterer Bruder Hanns ein bekannter Schriftsteller werden. Er war außer glänzender Mitarbeiter einiger belletristischer Zeitschriften, schrieb bald seinen ersten Roman, eine Rokokogeschichte, die in einer Berliner Zeitung veröffentlicht wurde. Darauf folgte eine reiche Fülle geistprühender Unterhaltungsromane, leicht und mühselos geschrieben, spannend zu lesen, ohne Anspruch auf große Tiefe. Bobeltiz hat selbst einmal die Auskunft getan, daß er keinen höheren Ehrengesicht habe, als ein Unterhalter von Geschmaak zu sein. Und auf diesem Gebiet entwickelten sich auch seine glänzendsten Gaben. „Besser Herr als Knecht“, „Das Geschlecht der Schelme“, „Der Herr Intendant“, „Die arme Prinzessin“, „Flittergold“, „Das Gasthaus zur Ehe“, „Eine junge Dame von Welt“ seien nur aus der vielgestaltigen Buntheit seiner phantastischen Spannungsromane genannt. In einer Reihe von Erzählungen schildert er die deutsche Gesellschaft, wie sie vor dem Kriege war. Als seine stärksten Werke darf man wohl die Romane „Kreuzwendedich“, „Die Junker“ und „Die von Scheibz“ ansprechen, in denen er die Welt des märkischen Adels und das Leben der brandenburgischen Bauern zum Vorwurf wählt. Ahnliche Stoffe gestaltet er auch in den Bühnenstücken „Ohne Geläut“ und „Das eigene Blut“.

Fedor von Bobeltiz war bis zu seinem Tode von beeindruckender Rüstigkeit und Arbeitsfreudigkeit. Die Aufzeichnungen in seinen Notizbüchern zeugen von vielen Erfahrungen und Erlebnissen, die er noch gestalten wollte. Sein Wunsch, noch die Uraufführung seines jüngst geschaffenen Lustspiels „Weh dem, der steht“, die in Dresden angesetzt ist, zu erleben, wurde ihm jedoch nicht mehr erfüllt.

E. M.

Danzig als Mittler

zwischen England und Polen

Die Londoner „Financial Times“ bringen einen größeren Artikel von G. H. Morrison, der sich mit der Frage der Schaffung eines polnischen Absatzmarktes für England beschäftigt. Der Artikel stellt fest, daß für die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zu Polen eine genaue Kenntnis des Landes und der Landschaft erforderlich wäre, was den Engländer schon der Sprache wegen Schwierigkeiten mache. Das Absatzgebiet sei aber vorhanden.

Der Verfasser stellt in diesem Zusammenhang fest, daß man sich sowohl in bezug auf die Kenntnis des Landes, als auch in bezug auf die Kreditmöglichkeiten die Erfahrungen der Freien Stadt Danzig zu Nutze machen solle. Danzig sei vor Jahrhunderten der Mittler für den Handel zwischen Polen und England gewesen und könnte diese Rolle heute wieder spielen, nachdem die Gegenseite zwischen Polen und Danzig, die auf politischem Gebiet liegen, beseitigt wurden. Für den Wirtschaftler sei es von Bedeutung, daß man davon sprechen könne, daß Danzig in seinem Status für lange Zeit fest sei. Die Nationalsozialisten hätten eine so überwiegende Mehrheit, daß eine stabile Regierung garantiert sei. Der Danziger Gulden sei sicher auf Gold fundiert, und die Golddeckung der Bank von Danzig betrage über 100 Prozent.

Der Verfasser glaubt, daß Danzig aus dem Hafentreaty, das die Gebühren zwischen Danzig und Gdingen angleicht, große Vorteile ziehen werde; denn Danzigs natürliche Vorteile seien groß, und niemand könne leugnen, daß es einer der besten Häfen der Welt sei. Der Hafen bietet vollkommenen Sturmshut für Schiffe jeder Zahl und Größe. Außerdem gebe es ausgewiesene Schiffswerften mit Docks für Reparaturen, die besten Badeeinrichtungen mit modernen Maschinen, Kühlhäuser usw.

Die Sprache, die den Verkehr mit Polen erschwere, mache in Danzig keine Schwierigkeiten; denn die Danziger Geschäftsleute verstanden englisch und könnten andererseits auch mit den Polen verhandeln.

Der Verfasser hebt weiter hervor, daß in Danzig eine Bankwelt mit ausgezeichneter Tradition vorhanden sei und daß die Versicherungsgesellschaften Danzigs ausgezeichnete Spezialkennzeichen des polnischen Marktes seien und bereit wären, manches Risiko einzugehen. Von besonderer Bedeutung scheint dem Artikelbeschreiber auch, daß das Danziger Handelsgesetz dem deutschen ähnlich ist, das den Engländern im allgemeinen gut bekannt sei. Weiter macht der Verfasser dann auf die Vorteile des Freihafens aufmerksam.

Hervorgehoben wird schließlich in dem Artikel auch die ausgewiesene Verbindung mit dem Hinterland, mit Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und sogar Rumänien. Der Verfasser schließt mit der Feststellung,

dass die 32 Millionen Konsumanten Polens ein bedeutender Faktor im Welthandel werden würden. Das Tor steht heute noch weit offen.

Zur Aenderung

des Warschauer Abkommens.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 10. Februar. Wie bekannt, hat der Völkerbundkommissar im Einvernehmen mit der Danziger und der Polnischen Regierung im Laufe des vorigen Sommers einen Ausschuß berufen, welcher gewisse Änderungen des grundlegenden Danzig-polnischen Abkommens vom 24. Oktober 1921 (Warschauer Abkommen) prüfen sollte. Dieser Ausschuß hat auch bereits verschiedentlich getagt. Eine weitere Sitzung war für die zweite Hälfte des Februar in Aussicht genommen. Die beiden Regierungen haben nunmehr den hohen Kommissar gebeten, die weiteren Verhandlungen dieses Ausschusses zunächst auszuschieben, da sie hoffen, sich über verschiedene der von dem Ausschuß zu verhandelnden Fragen direkt einigen zu können. Ebenso sind die Völkerbundinstanzen gebeten worden, einen zweiten für die Frage der Maximal- und Staffelzölle berufenen Ausschuß zunächst zu vertagen.

In Danzig wird eine jüdische Schule errichtet.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Amtlich wird mitgeteilt, daß am 1. April eine jüdische Schule in Danzig eingerichtet werden wird. Sie soll unter staatlicher Aufsicht stehen, und die Synagogengemeinde wird dem ausgesetzten Betrage noch einige Gelder zuschießen.

Man hofft, daß durch diese Tat die jüdischen Emigranten mit ihrer Gewalttheit aufhören werden, daß es den jüdischen Minderheiten in Danzig schlecht gehen soll. Man erwartet, daß die Juden das Entgegenkommen der Danziger Regierung voll anerkennen werden.

Eine Pflicht für die jüdischen Kinder, diese neue Schule zu besuchen, besteht nicht.

Ostpreußendampfer „Tannenberg“.

Wie die „Pommersche Zeitung“ meldet, wird schon in den nächsten Wochen bei den Stettiner Oderwerken der Bau eines dritten modernen Dampfers für den See dienst Ostpreußen in Angriff genommen. Die Bauzeit wird etwa 12 bis 14 Monate betragen und mehrere Hundert Arbeitern Beschäftigung bieten. Der dritte Ostpreußendampfer, der voraussichtlich den Namen „Tannenberg“ erhält, wird die Schwesterschiffe „Hansestadt Danzig“ und „Preußen“ an Größe weit übertreffen und auch sonst mit den neusten und modernsten Einrichtungen versehen sein.

Briefkasten der Redaktion.

Fran Elisabeth B. Sie mußten bisher, um die Anwartschaft aufrecht zu erhalten, innerhalb 2 Jahren 20 Marken lebend. Da das Leben von Marken für Sie, da Sie nicht zur Landwirtschaft gehören, am 31. 12. 33 aufgehört hat, und Sie nicht in einem für die Invaliditätsversicherung versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis stehen, müssen Sie der Versicherungsanstalt (Krankenkasse) mitteilen, daß Sie zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft weiter Zahlungen leisten wollen, und müssen sich dort danach erkundigen, wo und in welcher Weise Sie das künftig tun sollen. Mit der Angestelltenversicherung hat das nichts zu tun.

„Waldschnit“. Durch Verordnung des Staatspräsidenten vom 24. 6. 1927 (D. Iff. Nr. 5727 Pos. 504) ist eine neue Art der Bewirtschaftung der Privatwälder eingeführt worden. Die Bewirtschaftung muß nach einem bestimmten Plan und bei kleineren Waldflächen nach einem Wirtschaftsprogramm erfolgen. Jede abgeholt Fläche muß von neuem aufgeforstet werden, dem Waldbesitzer ist aber unter gewissen Voraussetzungen gestattet, aufstellen einzelner abgeholt Flächen andere Bodenflächen seines Grundbesitzes in seinem Waldwirtschaftsplan einzubeziehen. Um einen solchen Plan dürfte es sich in Ihrem Falle handeln. Diese Fläche untersteht dann allerdings der Waldbuchbehörde, das ist der Starost und der Wojewode. Aber wenn ein Teil des von Ihnen seit langem gepachteten Landes in einem Waldwirtschaftsplan einbezogen wird, so ist es doch selbstverständlich, daß Ihnen als dem Pächter des Landes davon Mitteilung gemacht werden muß, und daß Sie der Pächter für die Verkürzung Ihres Wirtschaftsbetriebes entzädigt werden muß. Wenn die Einbeziehung der fraglichen Parzelle in den Waldwirtschaftsplan von der Behörde genehmigt ist, wird sich eine Rücknahme schwerlich erreichen lassen; Sie können sich dann nur wegen der Entschädigung an den Pächter halten. Durch die Behörde können Wälder, durch die die Ufer eines Flusses gegen Einsturz gesichert werden, oder durch die die Bildung von Wildbächen verhindert wird, oder die für die Landesverteidigung besondere Bedeutung haben usw. als Schutzwälder anerkannt werden. Das alles kommt in Ihrem Fall nicht in Frage, da es sich hier nicht um einen Wald sondern vorerst nur

um einen Plan für die Bildung eines Waldes handelt. Die Beabsichtigung des von Ihnen geschlagenen Holzes scheint uns mehr eine Privatmaßnahme von untergeordneter Seite zugunsten Ihres Pächters zu sein, die von der Waldbuchbehörde wohl nicht bestätigt werden dürfte. Ob Sie auf der fraglichen Parzelle Abholzungsrechte haben, darüber kann nur der Pachtvertrag Aufschluß geben.

F. Sch. Nr. 88. Wir glauben zwar nicht, daß dabei noch etwas zu erwarten sein wird, aber vielleicht bitten Sie das Deutsche Konsulat in Thorn um Auskunft.

„Goldzloty“. Nicht der Tag des Todesfalls und auch nicht der Tag der von Ihnen geleisteten Zahlung ist für den Wert Ihrer Verpflichtung maßgebend, sondern der Tag des Überlassungsvertrages im Juli 1927. Und damals bestand ein anderer Goldzloty wie heute. Sie haben für jeden damaligen Goldzloty 1,72 des heutigen Zloty, der auch Goldzloty ist, zu zahlen, also für 1850 frühere Goldzloty 3182 heutige Goldzloty oder auch Papierzloty.

Aufmerksam L. Unsere Auskunft vom 8. 4. 33 stützte sich nicht auf irgend welchen Gesetzesparagraphen, sondern auf die tatsächlichen Umstände und die sich daraus ergebenden logischen Konsequenzen. Sie hatten auf dem fraglichen Grundstück eine hypothetisch eingetragene Schuldenlast von 21 000 Mark. In diesem Betrage war die Summe von 5500 Mark enthalten, um die sich der Streit dreht. Das Grundstück wurde zwangsläufig versteigert, und ging auf Ihren Schwiegervater über; und zwar bildeten den Kaufpreis die voll ausgebotenen hypothetisch eingetragenen Schulden von 21 000 Mark, für die damit der Schwiegervater voll einzustehen hatte, da Ihre Übernahme ja den Kaufpreis darstellte. Die persönliche Schuld der 5500 Mark ging damit nicht unter, sondern sie ging nur auf den Schwiegervater über. Damit wurde Ihre Frau ihrer Verpflichtungen als persönliche Schuldnerin ledig. Wenn bei der Zwangsversteigerung die 5500 Mark nicht ausgeboten worden wären, dann hätte die Gläubigerin (Ihre Schwiegervater resp. deren Rechtsnachfolger) Ihre Frau als persönliche Schuldnerin in Anspruch nehmen können. Da dies aber nicht geschehen ist, bleibt Ihre Frau aus dem Obligo. Was später mit dem Haus und mit der Hypothek geschehen ist, geht weder Sie noch Ihre Frau etwas an.

Lige Lebensaufgabe sein, und versteigen uns dabei zu einer heldenhaften Romantik. Aber wir waren doch nur Knaben!

Wir merkten wohl, wie es allmählich stiller wurde, wie die grauen Kolonnen schwermelder ausmarschierten, wie der Jubel geringer wurde, wie mehr und mehr Verwundete in die Heimat zurückkamen, wie unsere Mütter sorgenvoller wurden.

Wir mußten, soweit wir das nicht sowieso taten, sommers barfuß laufen, das taten wir gern. Winters fiel aus Kohlemangel die Schule aus, darüber waren wir nicht traurig. Die öffentlichen Berufe wurden mehr und mehr von Frauen ausgeschöpft, das war für uns bei unseren Streichen eine Chance. Wir mußten viel Steckrüben essen, das empfanden wir schon eher.

Der Hunger legte sich wie ein Sterbelaken über Deutschland. In langen Doppelten und dreisachen Reihen drängten sich die Menschen an den Lebensmittelstellen. Die Milchhändler waren Könige geworden, denen man Reverenz erweisen mußte. Die Günstlinge erhielten ein viertel Liter Magermilch „hinten herum“. Etwa später, so erinnerte ich mich, erschien einmal in der Milchverkaufsstelle der unisomierter Haussdiener eines Neureichen, der sich hier eine Villa hatte bauen lassen, und verlangte ein halbes Liter Schlagsahne. Man bedenke: Schlagsahne! Die Leute reckten und drehten die Köpfe, um den vergessenen Klang dieses Wortes in sich aufzunehmen. Ich glaube, ich ließ damals alles im Stich und stürzte nach Hause, um mit jagenden Pulsen dieses Erlebnis zu berichten.

Aber unsere gnädige Jugend unterschlug unserem Bewußtsein viel von den Bildern von Tod, Schrecken und Elend, die wir damals mit ansehen.

Auf einmal knatterten dann in der Heimat die Gewehre! Matrosen und Feldgräbe mit roten Armbinden tauchten, uns seltsam unsoldatisch und schaudrig erscheinend, auf den Straßen der Heimatstadt auf.

Landwirtschaftliche Debatte im Sejm.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die Freitagsitzung des Sejm galt u. a. der Erörterung des Budgets des Landwirtschaftsministeriums. Auch in dieser Aussprache wie durchwegs in der ganzen Budgerörterung nahm die Schilderung der politischen Schmerzen im Lande und der Misstände, an denen einzelne Schichten, Gruppen und Berufe und zwar angeblich als Opfer falscher politischer Kalkulationen der Inhaber der Macht leiden, einen breiten Platz ein; doch trotzdem traten die spezifischen Probleme der Landwirtschaft in den Vordergrund und erfuhrn eine vielseitige Beleuchtung. Dass aus der Polemit sich ein überaus trübes Bild ergeben hat, liegt an den objektiven Tatsachen und nicht an deren wohl- oder mißwollenden Deutung. Es nützt nicht, den Tatsachen moralische Predigten zu halten, und es ist auch noch niemand gelungen, Tatsachen vor Gericht zu stellen und sie durch Strafen unschädlich zu machen. Tatsachen bleiben Tatsachen.

Das Referat über den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums hielt Abg. Stroynowski (BB); er beantragte die Annahme des Voranschlages in dem von der Kommission beschlossenen Wortlaut.

In der darauf folgenden Aussprache vertrat den Standpunkt der nationalen Opposition Abg. Fijalkowski (Nat. Klub), der davon ausging, dass die Sanierung, welche darum kämpfe, die Macht in ihren Händen zu behalten, so viel Energie dabei verbrauche, dass ihr keine Kräfte übrig bleibent, um die realen Gefahren zu bekämpfen. Das zeige sich am grellsten auf dem landwirtschaftlichen Abschnitte. Seit vier Jahren — führte der Redner aus — seien wir nur fragmentarische Maßnahmen und verspätete Rettungsversuche, welche die Katastrophe nicht aufhalten. Die Regierung und der BB-Klub brüsken sich mit der agrarisch-finanziellen Gegebenheit, verweisen darauf, dass die Landwirte gegenwärtig hundert und etliche zehn Millionen jährlich weniger zahlen und

dass sie sich die Möglichkeit der Preiserhöhung der Agrarprodukte aus dem Kopfe schlagen müssen.

Dafür — polemisierte der Redner — muss der Landwirt, welcher geringere Binsen zahlt, andererseits 10 Prozent des Kreditzuschlags zur Steuer, die Vermögensabgabe, die Abgaben für den Wegefonds und Arbeitsfonds, die erhöhten Versicherungsbeiträge und die Nationalanleihe zahlen. Nach Ansicht des Redners hat die ganze agrarfinanzielle Gegebenheit versagt und wir stehen heute vor der Tatsache, dass Tausende von Börsen zur Versteigerung gelangen und dass die Not der Bauern gewaltig ist.

Man erhebt gegen die Landwirte den Vorwurf, dass sie widerstreben die Nationalanleihe gezeichnet hätten. Für welches Geld sollten sie die Anleihe kaufen? fragte der Oppositiionsredner. Wenn sie die Anleihe gezeichnet haben, so taten sie es auf Kosten anderer Steuern oder ihrer Gläubiger.

Die Landwirte — sagte Abg. Fijalkowski weiter — arbeiten heute umsonst. Nach Ansicht des Redners steht die Aktion der Regierung in keinem Verhältnis zu denjenigen anderer, sogar kleinerer Staaten, auch in keinem Verhältnis zu den unnötigen Ausgaben politischen Charakters und zu den Ausgaben zur Stützung unrentabler staatlicher Unternehmen. Die Aktion der Regierung zur Preiserniedrigung der kartellierten Artikel hat nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht. Der Redner besprach weiter u. a. das neue Versicherungsgesetz, durch welches die Bauernschaft schwer belastet wird.

Die Landwirtschaft ist mit einer chinesischen Mauer von steifen Abgaben und steifen Preisen für alles, was sie zur Produktion von Fleisch und Getreide kaufen muss, umgeben

Sie produziert daher auf Kosten der eigenen Substanz, d. h. sie treibt Kaufwirtschaft, was eine Gefahr für die Zukunft bildet. Der Redner meint, dass die Landwirte, die dem Regierungsbloc angehören, einen sehr geringen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik haben. Er verweist auf die Beispiele Frankreichs, Ungarns und Deutschlands, wo gewisse Maßnahmen vom Verständnis für die Bedeutung der Landwirtschaft in der nationalen Wirtschaft zeugen. Die durch agrarische Kreise angekündigte Initiative kann eine nützliche Einleitung zu einer Aussprache sein, doch müsse man der Landwirtschaft die Selbständigkeit überlassen;

die Landwirtschaft kann keine Kartelle bilden.

Leider herrsche aber in unseren landwirtschaftlichen Organisationen eine derartige Stimmung, dass „keine Mücke zu

Da waren wir verstört. Aber die ganze Welt, in der wir lebten, war verstört. Und sie sagten alle, das seien nun eben die neuen Herren, das sei die neue Ordnung.

Unsere Väter kamen zurück, soweit sie nicht für uns verblutet waren. Aber sie waren sehr müde und schickten sich darin. Oder sie marschierten gar mit in den Umzügen hinter der roten Fahne und hatten viele neue Worte, mit denen sie lärmend herumwarfen.

Wir waren Knaben von acht oder neun oder zehn Jahren. Unsere ganze Welt, die unser erstes Bewusstsein, besonders stark unter dem Eindruck des Krieges, umfasste, war zämmmerlich geborsten. Dafür hatten wir schon ein Gefühl. Es war seltsam beklemmend für uns.

Mein Vater führte mich am Tage, nachdem die roten Matrosen vom Bahnhofe aus mit Maschinengewehren die nächsten Straßenläufe bestrichen hatten, zu dem Schauplatz dieser Kämpfe. Einige wenige Offiziere hatten sich in einem Keller verschlankt gehabt. Überall zeigten die Fensterscheiben kleine kreisrunde Löcher. Meist war das Glas gar nicht einmal gesplittet. Die Häuserwände wiesen Hunderte von Augenspuren auf. Doch neben Koch. Wir sahen auch Bahnen, die zu Rote-Kreuz-Automobilen getragen wurden. Und wir sahen auch die Leute in den slappigen Uniformen mit den roten Armbinden, die Karabiner lassig mit der Mündung zur Erde über die Schulter gehängt.

Das begriffen wir sehr wohl schon, ohne dass man es uns sagte, dass hier etwas ungeheuer Unwälzendes, etwas sehr Trauriges, ja etwas Gemeines und Feiges geschehen war! Das empfanden sogar viele von uns jungen Altersgenossen, deren Väter die neuen Worte aufgriffen und sich lärmend und großspurig gaben.

Das fühlten wir wohl. Aber woran sollten wir denn unser Gefühl ausrichten, was kamen wir Kinder denn von der alten Welt? Und unsere Väter waren meist still geworden und sagten ja selbst, es sei eben anders geworden, und das sei nun einmal so.

summen sagt, aus Angst, die Behörde zu beleidigen". Unter diesen Bedingungen kann von einer Freimachung schöpferischer Kräfte keine Rede sein.

Abg. Poniatowski (BB) polemisierte gegen die Aussführungen des Vorredners und behauptete, dass die Agrarpolitik der Regierung konsequent sei, während die Opposition ihr nicht eigene Rezepte entgegenhalte, sondern widersprüchliche Einwendungen mache. Die Agrarpreise — sagte der Vertreter des Regierungsklubs — sind infolge der Regierungspolitik die höchsten von allen Ländern, welche Agrarprodukte exportieren. Wenn es sich um Roggen handelt, so stehen die Preise um 10 % höher über dem Niveau, das bei den heutigen Weltpreisen bestünde.

Abg. Mikolajczyk (Volksparteilicher Klub) machte geltend, dass für die Landwirtschaft im Budget eine Summe bestimmt wird, die den Dispositionsfonds aller Ministerien gleicht. Die Einnahmen der Landwirtschaft sinken in katastrophaler Weise und die Verschuldung wächst. Die Steuererleichterungen seien entweder nur scheinbar oder kommen nur den Protegierten zugute, während eine Reihe von neuen, in der Periode der Verarmung auferlegten Lasten die Möglichkeit einer Besserung ausschließen. Die für die Intervention verwendeten Millionen — sagte der Vertreter der Volkspartei — haben kein Resultat ergeben, und die staatlichen Getreidewerke haben nach der Ernte die Preise herabgesetzt, um den Bauer es unmöglich zu machen, Getreide auf den Markt zu werfen. Schwankungen, welche bei den Roggenpreisen innerhalb einiger Monate bis zu einer Differenz von 50 Prozent, beim Weizen bis zu 100 Prozent gelangten, zeigen, dass es eine planmäßige Interventionspolitik nicht gegeben hat.

Der Redner fragte weiter darüber, dass der Pfandkredit der kleinen Landwirtschaft nicht zuteil geworden ist. Die soziale Idee der landwirtschaftlichen Organisation erfährt dadurch eine Entstellung, dass diese Organisationen als Sektionen in den Regierungsbloc einverlebt wurden. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist der polizeilichen Kontrolle unterstellt, und alles bemüht man sich, vom polizeilichen Gesichtspunkte aus zu entscheiden.

Öffentliche unterhaltende Veranstaltungen und ihr Recht.

Über das Recht der Veranstaltung öffentlicher Unterhaltungen sind durch Verordnung des Staatspräsidenten vom 27. Oktober 1933 (Dz. Ust. Nr. 85/33 Pos. 682) neue Bestimmungen erlassen worden, die am 1. Jan. d. J. in Kraft getreten sind. Das Wichtigste daraus ist das Folgende:

Dem neuen Recht unterliegen: öffentliche Schauanstaltungen, Sprechveranstaltungen und musikalische Veranstaltungen, Vorträge, sportliche Unterhaltungen, Salontanzschulen, Volksunterhaltungen und andere Unternehmungen, die unterhaltende oder künstlerische Zwecke verfolgen, mit Ausnahme von wirtschaftlichen Ausstellungen und der Belebung von Filmen mit Hilfe des Kinematographen.

Diese Veranstaltungen bedürfen der behördlichen Genehmigung. Die Genehmigung hat rein persönlichen Charakter und kann auf eine dritte Person nicht übertragen werden. Der Innenminister kann durch Verordnung die Veranstaltungen bezeichnen, bei denen die Anmeldung genügt. Die neue Verordnung unterscheidet drei Arten solcher Veranstaltungen: 1. solche mit ständigem Sitz, 2. wandernde und 3. improvisierte. Die Genehmigung für die letztere Kategorie, mit Ausnahme theatralischer Unternehmungen, erteilt die Wojewodschaftsbehörde der allgemeinen Verwaltung am Ort resp. Sitz des Unternehmens. Die Genehmigung für Theaterunternehmungen erteilt ohne Rücksicht auf den Ort der Innenminister im Einvernehmen mit dem Kultusminister. Diese Kompetenzen können durch ministerielle Verordnung abgeändert werden. Solche Genehmigungen können für eine Dauer bis zu 15 Jahren erteilt werden. Genehmigungen für Wanderveranstaltungen, mit Ausnahme von Theaterveranstaltungen erteilt die zuständige Verwaltungsbehörde, die für den betreffenden Bezirk zuständig ist, und für das ganze Staatsgebiet der Innenminister. Sobald ein solches Unternehmen am Ort seiner Tätigkeit eingetroffen ist, muss es der Kreisverwaltungsbehörde von dem Zeitpunkt, dem Ort und der Art seiner Darbietung Mitteilung machen. Die Behörde kann die Zeit der Veranstaltung beschränken oder sie ganz verbieten. Für die improvisierten Veranstaltungen erteilt die Verwaltungsbehörde am Orte des Unternehmens die Genehmigung. Als improvisiertes

Unsere Kriegsspiele unterließen wir. Auch die „Großen“, die uns früher bei unseren Spielen kameradschaftlich und gönnerhaft auf die Schulter geklopft hatten, wollten sie nicht mehr.

Dann gab es noch einmal einen anderen Klang: Freikorps kämpften! Wir horchten auf. Das waren damals die letzten Deutschen. Sie retteten die deutsche Ehre, aber auch, wie sie später erbittert merkten, die junge und doch so greifenhafte gebrechliche Republik. Als die Republik dann diese Freiwilligen nicht mehr brauchte und vor den paar tausend entschlossenen eisernen Männern es mit der Angst bekam, verleugnete und verriet man sie.

Max Hölsz geisterte wie eine apokalyptische Vision durch die Angsträume des gelähmten Bürgertums.

Acht Tage lang hörten wir den Namen Kapp. Dann war alles wieder vorüber.

Die Franzosen fielen ins Ruhrgebiet ein. Ein Deutscher starb als Held: Schlageter.

Im November 1923 gab es den Hitler-Putsch. Aber die Zeit war noch nicht reif.

Wir erlebten den Zahnrausch der Inflation, als wir für unsere kleinen Einkäufe Millionen- und Milliardenbeträge in der Tasche trugen.

So wuchsen wir heran.

Gewiss, viele von uns hatten wohl ganz brave Lehrer. Die meisten von ihnen waren auch draußen gewesen. Hier und da fielen Andeutungen, aber von der Schmach des Novemberpogroms, von dem Versailler Todesdiktat durften sie nicht allzuviel sprechen. Sie konnten auch nicht anders, überall lagen in krankhafter Angst die neuen Machthaber auf der Lauer.

Einige waren auch, wenn der Schulrat nicht allzu nahe war, gelegentlich wie Feldwebel auf dem Kasernenhofe. So ging es aber auch nicht.

Viele von uns hatten auch Lehrer, die ihnen sagten, das Volk hätte in jenem November 1918 auf der ganzen

Unternehmen wird ein solches angesehen, das nur bezweckt, einmal oder ein paarmal eine solche Unterhaltung in einer Ortschaft zu veranstalten.

Für Werke mit Sprechtext, die öffentlich vorgetragen werden sollen, muss vorher die Genehmigung der örtlichen Verwaltungsbehörde erlangt werden, und zwar kann, wenn es sich um einen Text in nicht polnischer Sprache handelt, die Beifügung einer polnischen Übersetzung von der Behörde verlangt werden. Der Minister kann Befreiung davon zulassen.

Art. 13 führt die Fälle auf, in denen solche Veranstaltungen verboten sind, weil sie die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung bedrohen. Wir können diese Fälle übergehen, da sie in Veranstaltungen auf deutscher Seite ausgeschlossen sind. Zu erwähnen ist, dass auch Veranstaltungen verboten sind, die in das Gebiet des Hypnotismus und der Suggestion hinausgreifen, falls Personen aus dem Publikum daran teilnehmen sollen.

Die Programme für die Veranstaltungen mit Angabe des Ortes und der Zeit der Veranstaltung und des daran beteiligten Personals müssen spätestens 24 Stunden vor der Veranstaltung der Kreisbehörde eingereicht werden. Die Programme müssen auch vor Beginn des Billettverkaufs durch Aufhang am Eingang zu der Veranstaltung veröffentlicht werden.

Zur Kontrolle und für Repräsentationszwecke muss das Unternehmen der Behörde im Höchstfalle 6 Freikarten zur Verfügung stellen.

Berstöße gegen diese Verordnung und gegen Bestimmungen, die auf dieser Verordnung beruhen, unterliegen einer Arreststrafe bis zu drei Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 3000 Złoty. Zur Entscheidung sind die Verwaltungsbehörden berufen.

Alle Mitteilungen an die Behörden in den Fragen, die mit der Verordnung zusammenhängen, sind mit einer einzigen Ausnahme stempelfreies.

Aus der Ausführungsverordnung des Innenministers zu der vorstehenden Verordnung des Staatspräsidenten (Dz. Ust. Dr. 103/33 Pos. 801) sei das Folgende hervorgehoben:

Improvisierte unterhaltende Unternehmungen bedürfen nicht der Genehmigung, müssen aber der Kreisbehörde angezeigt werden, und zwar spätestens drei Tage vor der Veranstaltung. Die Anzeige muss enthalten: a) den Namen des Unternehmers, Zeit und Ort, und welche Veranstaltung er plane, b) welche Qualifikation er dazu besitzt (Vorbildung, praktische Vorbereitung, bisherige Ergebnisse seiner Arbeit auf dem entsprechenden Gebiete usw., welche technischen Hilfsmittel und welche Gemütsmittel er für die Führung des Unternehmens besitzt. Die Organisatoren improvisierter Sprechveranstaltungen müssen außerdem angeben, durch welche Behörde und wann ihre vorzutragenden Werke die Approbation erhalten haben, wenn diese Werke die Approbation erfordern. Wenn keine Approbation da ist, müssen sie zur Approbation vorgelegt werden (und zwar zusammen mit polnischer Übersetzung).

Der Anmeldung einer wandernden Unternehmung muss eine entsprechende Genehmigung zur Ansicht beigefügt werden.

Über die schon erwähnten Freibillets für die Behörden bei Wanderveranstaltungen wird in der Verordnung bestimmt: Unternehmungen, die numerierte Plätze haben, haben den Behörden zur Verfügung zu stellen:

a) in der Hauptstadt Warschau und in den Wojewodschaftsstädten 5 ständige Plätze, und zwar 3 in der ersten Reihe und 2 in der zweiten;

b) in den anderen Ortschaften 4 ständige Plätze, und zwar 2 in der ersten und 2 in der zweiten Reihe.

Unternehmungen ohne numerierte Plätze haben für jede Vorstellung den Behörden zur Verfügung zu stellen in Warschau und den Wojewodschaftsstädten 5 und in den anderen Ortschaften 4 Plätze. Die Verfügung über diese Plätze haben die Wojewoden resp. die Kreisverwaltungsbehörden.

Die Erteilung der Genehmigung zur Veranstaltung von Unterhaltungen in Gastwirtschaften, mit Ausnahme von Schaustellungen, wird den Kreisverwaltungsbehörden überwiesen. Unter dem Begriff „Kreisbehörden der allgemeinen Verwaltung“ (wir haben in diesem Artikel der Kürze wegen den Ausdruck „Kreisverwaltungsbehörden“ angewandt) sind in den Stadtbezirken die Burgstarosten zu verstehen.

In einer weiteren Verordnung des Ministers des Innern, die im Einvernehmen mit dem Kultusminister am 28. Dezember 1933 erlassen ist (Dziennik Ustaw Nr. 103/33 Pos. 802) werden Bestimmungen getroffen über die Genehmigung von Theaterunternehmungen mit ständigem Sitz und über Wandertheater, die nur ein beschränktes Interesse bieten.

Viele gesegnet und eine neue Zeit sei mit verheißungsvoller Morgenröte angebrochen. Nun, wir lernten diese Welt ja selber kennen.

Der Krieg hatte unser Bewusstsein zum ersten Male grell durchleuchtet. Uns summte noch das Hurraufen und der Jubel über die Siegesnachrichten in den Ohren. Und Soldat sein, Krieger sein, war etwas Großes und Schönes, das hatte unser eigenes Gefühl uns schon gesagt. Und jetzt sollte alles, was damals groß und gut gewesen war, niedrig und gemein sein? Wurde sozusagen von Staats wegen verächtlich gemacht! Die Elternkreuze, vor denen wir kleinen Jungen stramm gestanden hatten, wurden besiegt, die schwarzw-weiß-roten Fahnen waren geächtet, und das Rot, das wir zuerst bei den schludrigen unsoldatischen Gestalten mit den zur Erde weisenden Karabinern gesehen hatten, war nun die Farbe Deutschlands!

Hier war etwas Ungeheuerliches geschehen, gegen das unser kindhaftes instinktives Gefühl für Ehre, Sauberkeit und Recht sich auflehnte! Es kam die erste dumpfe Ahnung über uns, dass wir hier einst auch noch ein Wörtchen mitzureden haben würden!

So wurden wir älter. Wir gingen durch alle die Nöte und Zweifel, durch die heranwachsende junge Menschen sich durchzämpfen müssen. Wir erlebten jene reizbare Zeit, da die Spannungen zwischen den Generationen zum ersten Male offenbar werden. Wir erlebten all das stärker, weil die Zeit selbst voll stärkster Spannungen war, weil überall neue Gestaltung und Wertung entstanden, weil überall neue Formen sich bildeten, sich taumelnd überstürzten und neuen Platz machten. Wir mussten mit den eigenen Nöten und Zweifeln angefüllt durch alle Zweifel und Nöte der Zeit hindurchgehen. Mancher Schwächling blieb auf der Strecke. Aber wir anderen wurden sehr viel früher und nachdrücklicher als andere Generationen ernst und ausgeprägt.

Die ersten von uns gingen in ihre Berufe.

